

19. Januar 2015

Stellungnahme

des Landeselternbeirats von Hessen

zur

Öffentlichen Anhörung im Hessischen Landtag zum Thema Islamismus/Salafismus

Antrag Drucksache 19/634 und Antrag Drucksache 19/696

Der Landeselternbeirat von Hessen begrüßt die Initiative der hessischen Landesregierung, eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Das Thema ist angesichts der schrecklichen, menschenverachtenden terroristischen Anschläge in Frankreich, aber auch wegen der Gewaltbereitschaft von Islamisten z.B. im belgischen Verviers höchst aktuell.

Der Landeselternbeirat setzt sich für den Schutz einer, weltoffenen pluralistischen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein.

Im Rahmen des gemeinsam von Eltern und Staat wahrzunehmenden Bildungs- und Erziehungsauftrags sind diese gesellschaftlichen Werte, aber auch Toleranz, Religions- und Meinungsfreiheit den Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Hierbei kommt der Schule als Bildungseinrichtung eine herausragende Rolle zu.

Die Schule muss einen Bildungs- und Lebensraum bilden, in dem Klima vorherrscht, welches religiösen Fanatikern den Nährboden entzieht.

Neben Wertevermittlung (z.B. Ethik, Grundrechte, Friedens- und Konfliktforschung), gehört dazu auch in der Schule „Demokratie zu leben“ und von Anbeginn der Schullaufzeit die Schülerinnen und Schüler als Persönlichkeiten mit eigenen Rechten anzusehen, ihnen altersgerecht Verantwortung zu übertragen (z. B. Projekt „Schülerräte“ in Grundschulen), sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu begleiten und zu stärken (z.B. Projekt „Das kleine Ich, bin ich“), sie in der Gesellschaft und in der Schullandschaft dort abzuholen, wo sie stehen und für die Zukunft eine Perspektive anzubieten.

Dazu bedarf es entsprechend gut ausgebildeter bzw. fortgebildeter Lehrer, die sich einerseits für eine freie Religionsausübung einsetzen, andererseits Fehlentwicklungen und Radikalisierung frühzeitig erkennen. Gegenmaßnahmen einleiten, und ggf. auch andere Schüler schützen können.

Neben den Lehrkräften hat auch die Schulsozialarbeit eine wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang wahrzunehmen.

Aus Sicht des Landeselternbeirats ist der Ausbau des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache als Unterstützungselement hilfreich und wünschenswert.

Auch wenn Deutschland nicht frei von Salafisten und Anwerbern des IS ist, so ist dennoch die Situation an hessischen Schulen nicht mit der von französischen Schulen in den Bonlieus vergleichbar. Der Rechtswissenschaftler Franz von Liszt hat bereits Anfang des letzten Jahrhunderts festgestellt, dass „Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik ist“.

Diese Aussage gilt sicherlich nicht nur der Verbrechensprävention, sondern auch zur Abwehr radikaler Islamisten.

Matthias Bedürftig
Vorsitzender

Karen Anschütz
Stellvertretende Vorsitzende

Reiner Pilz
Stellvertretender Vorsitzender

